

## Antrag 2025/I/Soz/4

### Jusos Hamburg

#### **Keine Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger\*innen – Selbstbestimmung statt Kontrolle!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD geführten Senat  
2 und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Se-  
3 nat im Bundesrat setzen sich dafür ein, dass die Bezahlkarte „SocialCard“ nicht für Bezieher\*in-  
4 nen von Bürgergeld in Hamburg eingeführt wird. Generell lehnen die Jusos Hamburg das Kon-  
5 zept der Bezahlkarte in ihrer jetzigen Form ab.

#### **6 Begründung**

7 Recherchen von Zeit Online und FragDenStaat aus dem Dezember 2024 [1] zeigen eine besorg-  
8 niserregende Entwicklung: Der SPD-geführte Stadtstaat Hamburg prüft die Einführung einer  
9 Bezahlkarte („SocialCard“) auch für Bürgergeldempfänger\*innen. Die Jusos Hamburg lehnen  
10 diese Pläne entschieden ab, da sie eine unangemessene Kontrolle und Einschränkung der fi-  
11 nanziellen Selbstbestimmung bedeuten. Die Einführung einer Bezahlkarte würde bestehen-  
12 de Girokonten mit langjährigen Funktionen und Optionen faktisch aushebeln. Dies wäre ein  
13 schwerwiegender Eingriff in die Autonomie der Betroffenen. Zudem zeigen Erfahrungen mit  
14 der Bezahlkarte für Geflüchtete, dass solche Systeme mit willkürlichen und diskriminieren-  
15 den Beschränkungen einhergehen. Dazu gehören: • Bargeldbeschränkungen: Aktuell dürfen  
16 Geflüchtete in Hamburg maximal 50 Euro pro Monat in bar abheben. Sozialgerichte haben  
17 solche pauschalen Limits bereits als rechtswidrig eingestuft, da sie das Existenzminimum ge-  
18 fährden. Ein Beispiel hier- für ist ein Beschluss des Sozialgerichts Hamburg vom Juli 2024, in  
19 dem die pauschale Bargeldobergrenze als rechtswidrig bewertet wurde, da sie die individu-  
20 ellen Lebensumstände der Betroffenen nicht berücksichtigt [2]. • Eingeschränkte Nutzungs-  
21 möglichkeiten: Die Bezahlkarte erlaubt oft keine Überweisungen und verhindert damit z. B.  
22 günstige Online-Einkäufe oder den Abschluss eines Handyvertrags. • Regionale Einschränkun-  
23 gen: In vielen Bundesländern, darunter Hamburg, sind Bezahlkarten an bestimmte Händler  
24 und Regionen gebunden. Die Nutzung wird oft über Postleitzahlen eingeschränkt, was Men-  
25 schen in ihrer Mobilität und Selbstbestimmung weiter einschränkt. • Automatisierte Sank-  
26 tionen: Eine Ausweitung der Bezahlkarte auf Bürgergeldempfänger\*innen könnte den Weg  
27 für weitere restriktive Maßnahmen und digitale Sanktionen ebnen. Diese Form der Bevor-  
28 mundung widerspricht dem Grundsatz eines menschenwürdigen Existenzminimums und dem  
29 Recht auf Gleichbehandlung. Die SPD muss sich klar gegen Maßnahmen positionieren, die sozi-  
30 alstaatliche Unterstützung mit unnötigen Restriktionen und Misstrauen verbinden. Während  
31 die Bezahlkarte für Geflüchtete unter bestimmten Umständen einen bürokratischen Vorteil  
32 bieten kann (z. B. wenn noch keine Meldeadresse für ein Bankkonto vorliegt), ist sie für Bürger-  
33 geldempfänger\*innen nicht gerechtfertigt. Die aktuellen Einschränkungen, insbesondere die  
34 Begrenzung auf bestimmte Postleitzahlen und Händler, widersprechen sozialdemokratischen  
35 Grundsätzen. Deshalb fordern die Jusos Hamburg die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat

36 auf, sich klar gegen die Einführung der Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger\*innen in Ham-  
37 burg zu positionieren und sich für die Abschaffung unnötiger Restriktionen der bestehenden  
38 Bezahlkarten einzusetzen. Referenzen: [1] [https://www.zeit.de/politik/2024-12/bezahlkarte-  
39 gefluechtete-einschraenkungen-rechtliche-hintergruende](https://www.zeit.de/politik/2024-12/bezahlkarte-gefluechtete-einschraenkungen-rechtliche-hintergruende) [2] [https://www.lto.de/recht/nach-  
40 richten/n/sg-hamburg-s7ay41024er-bezahlkarte-bargeld-grenze-rechtswidrig](https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/sg-hamburg-s7ay41024er-bezahlkarte-bargeld-grenze-rechtswidrig)